

107

JUN 2022

SAG' NIEMALS NIE WIEDER

GEDRUCKTE KÖRPERHALTUNG

STADTGESPRÄCHE

MAGAZIN
FÜR BEWEGUNG,
MOTIVATION UND
DIE NACHHALTIGE
KULTIVIERUNG
DER REGION ROSTOCK

stadtdgespraeche-rostock.de

ISSN 0948-0637

ERSCHEINT
QUARTALSWEISE

SEIT 1994

Nicht in meinem Namen

Mehr noch als das Angriffsdatum auf die Ukraine wird die Zahl 28 für mich nie wieder eine Zahl wie jede andere sein. Ich kann verstehen, wenn Menschen Angst vor Krieg haben, nicht aber, wenn sie uns lähmt. Ich kann auch verstehen, dass Menschen nicht bereit sind, in einen Krieg zu ziehen oder andere darin zu unterstützen. Krieg verändert alles und am Ende auch einstmalige gute Vorsätze. Krieg unbedingt zu vermeiden, stand für mich immer an erster Stelle - in Friedenszeiten. Was aber, wenn er ungewollt da ist? Zeit, die eigenen Standpunkte zu überprüfen. Der Versuch einer Tiefenanalyse ...

TOM MAERCKER, OFFIZIER DER RESERVE UND KRIEGSDIENSTVERWEIGERER

Eigentlich müsste es ja heißen: „Krieg den Palästen!“ Dass jetzt ausgerechnet der Nachfolgestaat der Kommunismusidee und Bezwingler des Hitlerfaschismus nicht nur unter Zuhilfenahme des zumindest fragwürdigen Narrativs „Nazibekämpfung“ den Bruderstaat Ukraine überfällt, mit Vorsatz auch „Hütten“ in Gestalt von Neubauvierteln und weitere zivile Einrichtungen zerstört und dann auch gleich noch plündert, raubt, foltert, entführt, vergewaltigt und brandschatzt, sondern der Ukraine gleich ganz jegliches Existenzrecht abspricht, ist nur ein Paradoxon, mit dem wir momentan klarkommen müssen.

Fangen wir am Anfang an

Der US-amerikanische Historiker Timothy Snyder wirft uns Deutschen in einem aktuellen Interview für die Berliner Zeitung vor, so sehr in einer erstarrten Erinnerungskultur gefangen zu sein, dass wir aus der Geschichte nichts lernen würden. Was sich zunächst anhört wie ein Kalte-Krieg-Rhetorik ergibt erst jetzt, nach dem Einmarsch in die Ukraine für mich einen Sinn. Die meisten Linken haben ja - was Russland anbelangt - zumindest eine gewisse Grundsympathie für das historische Wagnis der Umsetzung einer gerechteren Gesellschaftsordnung und wohl auch ein gewisses Verständnis für die Unwägbarkeiten seit 1917. Denn es waren die „weißen“ Truppen des Westens, die Russland nach der Oktoberrevolution von allen Seiten angriffen. Und dann wissen wir auch, dass Russland bereits nach damaligem Stand der Wissenschaft eigentlich kaum die Voraussetzungen für das Gelingen einer solchen Revolution hatte, lediglich viele (missverstandene) revolutionäre Situationen. Es gab nicht den gereiften Menschen, sondern nur seine russische Ausprägung: ganze Generationen gedemütigter Landarbeiter mit Leibeigenenstatus, eine winzige ungebildete Arbeiterklasse mit wenig Klassenbewusstsein, tausende reaktionäre Kulacken, umherziehende Banden, Massen verwahrloster Kinder, eigentlich alles durchdrungen von maßloser Gewalt, sinnlosen Kriegen, permanentem Mangel, ausgeprägten Hierarchien, grassierender Korruption, Trunksucht und Rücksichtslosigkeiten aller Art.

Wer dieses Erbe jahrhundertalter Feudalismusprinzipien mit noch größerer Gewalt bekämpfen muss, um überhaupt eine gewisse Disziplinierung zu erreichen, muss auf militärische Strukturen setzen, die sich im Gesamtmachtgefüge dann immer mehr Raum nehmen, schlussendlich die gesamte Gesellschaft. Wir wissen inzwischen, wohin das für all die Millionen von Menschen geführt hat, die bei den oft völlig unsinnigen Industrialisierungs- und Bauprojekten, Kollektivierungen, Zwangsumsiedlungen und „Säuberungen“ (allein 700.000 bei Exekutionen 1937/38) nicht zu Tode kamen, nicht verhungert sind (wie z. B. der „Holodomor“ in der Ukraine 1938 mit drei bis sieben Millionen Toten), nicht entkräftet in einem Gulag starben (wie hunderttausende heimkehrende, russische Kriegsgefangene), weil sie sich weiter für eine gleichberechtigte, solidarische Zivilgesellschaft eingesetzt hatten, nicht von gehässigen Nachbarn verpöffelt wurden oder einfach unauffällig und angepasst genug waren. Wahrscheinlich um die zwanzig Millionen Opfer - eine Dimension, die heute kaum fassbar ist - gehen

unabhängig vom faschistischen Vernichtungskrieg im Zweiten Weltkrieg auf das Konto der jungen Sowjetmacht bis zu Stalins Tod 1956.

Doch wer oder besser was waren das für Menschen, die am Leben blieben? Völlig friedlich, normal, fast schon prosperierend schien das Leben bis Ende der 1930er Jahre. Vergessen wir nicht, dass sich das faschistische Deutschland und die stalinistische Sowjetunion (als Zusammenschluss von Russland, Weißrussland, der Ukraine und Transkaukasien) damals in vielem ähnlich, ja - trotz (vermeintlich) unterschiedlicher Gesellschaftsordnung - fast schon befreundet waren. Mit dem deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag („Hitler-Stalin-Pakt“) vom September 1939 hatten sie zudem die bis dahin geheim gehaltene Aufteilung Polens beschlossen. Stalin wartete allerdings ein paar Tage länger als die Wehrmacht, um nicht als Aggressor zu gelten. Kurze Zeit später ließ er allerdings - im Windschatten der deutschen Eroberungen, aber ganz im Stile der zaristischen Imperialkriege - Teile Finnlands (Karelien) sowie Litauen, Lettland und Estland annektrieren und machte die mittelasiatischen Kolonien zu Sowjetrepubliken.

Es war kein Zufall, dass ausgerechnet Stalin sich im sowjetischen Machtgefüge letztlich durchgesetzt hat, denn die gesamte Gesellschaft wurde - vermutlich aus der Not heraus - von Beginn militärisch organisiert, mit ausgeprägter Bürokratie, eskalierender Korruption und diversen Machtzentren, die sich untereinander in permanentem Kampf um Einfluss auf die Staatsführung befanden, was nicht nur Stalin, sondern nach ihm auch alle anderen Präsidenten auszunutzen verstanden. Auch wenn sich die Gesellschaft später dem äußeren Schein nach recht bürgerlich-moderat gab, ein demokratisches Gesellschaftssystem im westlichen Sinne - idealerweise mit ausgewogener Machtverteilung auf Legislative, Judikative und Exekutive sowie einer starken, unabhängigen Presse, einem freien, sozialen Unternehmertum, transparenten, rechtssicheren und durchlässigen Märkten sowie einer ausgeprägten, selbstbewussten Zivilgesellschaft - bzw. einer dazu vergleichbaren Alternative hat es in Russland bzw. in der Sowjetunion davor zu keinem einzigen Tag gegeben.

Und das hatte einen Grund: In einer Gesellschaft, die in jedem Detail des öffentlichen Lebens darauf ausgerichtet ist, sich auch jenseits von Streitkräften, Polizei, Partei und Geheimdienst quasimilitärisch zu organisieren, wo es in jedem Sport- oder Kulturverein, jeder Verwaltung, Hausgemeinschaft, Gartenanlage und Fabrik ausgeprägte Hierarchien, Meinungsbildungs- und Überwachungsstrukturen gab, konnten sich eher keine sozialen, empathischen und selbstbewussten Menschen herausbilden, sondern lediglich misstrauische, isolierte Untertanen, die persönlich jeden einzelnen Tag den Spagat zwischen Realität und Propaganda hinbekommen mussten, ohne aufzufallen. Die herrschende Ideologie kann dabei gar nicht absurd, grotesk oder irrational genug sein (erinnern wir uns nur an deren künstlerische Verarbeitung in „1984“, „Farm der Tiere“, „Brazil“ oder „Schöne neue Welt“), als dass sie nicht irgendwie notwendig/willig/diszipliniert/enthusiastisch angenommen

und mehr oder weniger widerstandslos umgesetzt würde. Dazu kommt der von uns bislang völlig unterschätzte, gigantische Vernichtungsapparat: Hunderttausende Menschen (zum Teil weltweit) zu erfassen, zu inhaftieren, zu verurteilen, zu töten, verschwinden zu lassen und ihr Andenken zu tilgen, verlangt nicht nur eine enorm aufwendige Maschinerie von direkt Beteiligten, sondern erzeugt auch ein Heer an Mitwisser:innen, Vertuscher:innen, Überwacher:innen und Zuträger:innen. All das brennt sich über Generationen in die Psyche und das Verhalten von Menschen ein, wird in der Familie weitergetragen und prägt die russische Gesellschaft bis heute nachhaltig.

Wir müssen das wissen, denn wir Deutschen haben uns - wenn auch nur für deutlich weniger Jahre - mit der Nazizeit unser eigenes, psycho-soziales Armageddon geschaffen. Unser durch Krieg und Gewalt ausgelöstes Trauma, das bis heute nachwirkt, egal ob wir es zu verdrängen versuchen oder detailliert aufarbeiten (vgl. „Die vergessene Generation“ bzw. „Kriegsenkel“), bestimmt weiterhin vielfach unser Handeln bzw. unseren Umgang mit Krieg, politischer Gewalt, Überwachung, sozialer Bindung und Erziehung sowie das Wahlverhalten und den öffentlichen Diskurs. Aufgearbeitet im Sinne von Überwindung und gesellschaftlicher Erneuerung wurden die vergangenen hundert Jahre in Russland nicht, vielmehr wurde dies trotz Perestroika und Demokratisierung systematisch unterbunden. Mittlerweile wurde sogar die letzte NGO „Memorial“ verboten.

Da hilft auch das populistische (und auch rassistische) Getöse des russischen Nationalisten Alexei Nawalny wenig, der von westlichen Medien gelegentlich zum demokratischen Hoffnungsträger hochstilisiert wird. Es ist ebenso bedeutungslos, wie viel westliche Kultur heute nach Russland exportiert wird, wie viele Stiftungen und NGOs sich dort engagieren, wie viel politischer, gesellschaftlicher oder ökonomischer Einfluss - immer in der Hoffnung auf demokratische Veränderungen - geltend gemacht wird. Die bis heute alltäglichen Erfahrungen mit Gewalt, Bürokratie, Korruption und Entsolidarisierung sowie das historische Trauma des Mitmachens, Mitvertuschens und Mitschweigens wirken noch über Generationen nach und werden auch zukünftig gravierende gesellschaftliche Veränderungen erschweren. Ganz im Gegenteil: Die aktuelle Umwandlung der ohnehin nur schwer als „demokratisch“ zu bezeichnenden russischen Gesellschaft in einen inzwischen offene (moderne) quasifaschistische Diktatur ist von der Bevölkerung bislang widerstandslos hingenommen worden. Und das - so Timothy Snyder - erkennen die Deutschen nicht, weil sie bislang in der Erinnerungs- und Dankbarkeitskultur zur Befreiung vom Faschismus gefangen waren.

Ist das Entspannungspolitik-Konzept gescheitert?

Was folgt aber jetzt aus dem Wissen, dass Russland wegen der fehlenden Aufarbeitung seiner eigenen Vergangenheit nicht nur für sich, sondern auch für andere eine Gefahr darstellt? Der westliche Umgang mit Russland war bislang im Wesentlichen von drei großen Gruppierungen bestimmt:

Die Revolutionsromantiker der (extremen) Linken projizieren bis heute etwas auf das (historische) Russland, was es dort praktisch nie gab. Ganz im Gegenteil: Eine (wirklich) sozialistische oder gar kommunistische Alternative zu den (fraglos kritikwürdigen) westlichen Kapitalismusedemokratien wurden bereits in der Phase des Staatskapitalismus beendet, dann bürokratisiert und schließlich ökonomisch heruntergewirtschaftet. So wurde eine an sich großartige Idee nachhaltig delegitimiert. Da nützt es auch nichts, rote Sterne oder Hammer und Sichel an Häuserwände zu sprühen oder starrsinnig NATO und USA zu beschimpfen.

Die Haltung der meisten antikommunistischen Hardliner hat ebenfalls schon etwas Religiöses. Hier heißt es in markigen Sprüchen, dass der russische Bär nur Größe/Stärke/Härte respektiert würde. Interessanterweise hat sich deren Haltung auch mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und damit defacto des „Kommunismus“ nicht geändert. Sie halten Russland noch immer für problematisch und eine generelle Gefahr. Aus guten Gründen haben wir nicht auf sie gehört und müssen nun feststellen, dass sie leider (zumindest in vielem) Recht hatten. Zwar löst eine Politik der Stärke zumeist keine Probleme, schafft eher neue und birgt immer auch die Gefahr eines Missverständnisses oder Unfalls. Die Älteren unter uns haben jahrzehntelang an der Nahtstelle der großen Machtblöcke um den Weltfrieden gebangt.

Die Idee des moderaten Umgangs mit der Sowjetunion und Russland kam vorrangig aus der Sozialdemokratie. Vor allem Willi Brandt und sein Oststrategie Egon Bahr waren die Architekten einer ganz neuen Seite der deutschen Außenpolitik: der Ostpolitik. Annäherung, Handel, Sport und Kultur - all das sollte das wechselseitige Verständnis verbessern, die Grenzen durchlässiger machen, Vorbehalte abbauen und Frieden sichern. Im Kalten Krieg war diese Strategie richtig und auch rückwirkend betrachtet ziemlich erfolgreich. Immerhin verdanken ein Dutzend osteuropäischer Staaten dieser Politik inzwischen ihren Neubeginn. Jetzt allerdings steht diese Politik der Nachsicht und des Verständnisses am Pranger: zu lasch, zu ignorant, zu anbiedernd, zu fokussiert auf Eigeninteressen, meinen die einen. Kritiker der Osterweiterung von EU und NATO halten dagegen, dass wir die sicherheitspolitischen Interessen Russlands noch viel mehr hätten berücksichtigen müssen. Wieder Dritte meinen, dass Wladimir Putin das ordnende Element im russischen Chaos von Oligarchen, Korruption, Mafia und Gewalt ist und sich eigentlich eine viel nähere, respektvolle Anbindung an Europa wünsche, die allerdings von den USA seit Jahrzehnten strategisch unterwandert würde.

Heute wissen wir: Es ist irgendwie alles richtig, aber auch falsch. Eines steht zumindest fest: Diese unreflektierte „Weiter-so!“-Politik hätte überprüft werden müssen, als sich die Rahmenbedingungen geändert hatten. Und die Anzeichen dafür waren mehr als deutlich: Wikipedia listet eine „Liste der Militäroperationen Russlands und der Sowjetunion“ mit über zwanzig bewaffneten Konflikten allein nach 1990 auf. Aber das wollten die Bundes- und viele unserer Landesregierungen nicht sehen, weil es ja nur Tadschikistan war, Tschetschenien, Trans-

nistrien oder Südossetien, wegen derer es sich anscheinend nicht lohnte, die gewachsenen Beziehungen zu Russland aufs Spiel zu setzen. Außerdem war das wirtschaftliche Bündnis mit Russland quasi als Rückversicherung gegen eine irrational ab-rutschende USA unter Trump wichtig. Und was erst heute wieder in den Fokus rückt: Billige Rohstoffe aus Russland sollten zudem eine konsequente, nachhaltige Klimapolitik verhindern.

Sind die USA moralisch eigentlich besser?

Eine „Liste der Militäroperationen der Vereinigten Staaten“ bei Wikipedia verzeichnen seit 1990 ähnlich viele wie Russland und einige davon bekanntermaßen mit sehr fragwürdiger demokratischer Legitimation. Während Papa Bush zumindest noch das vom Irak kurzerhand besetzte Kuwait wieder befreite (Erster Golfkrieg), was ihm dennoch weltweite Proteste unter dem Slogan „Kein Blut für Öl“ einbrachte, hat sich Sohn George W. bereits deutlich weiter aus dem Fenster gehängt und den Irak ohne legitime Gründe angegriffen und damit die Region bis heute nachhaltig destabilisiert. Die vorgeschobene Behauptung, es gäbe dort ein Atomwaffenentwicklungsprogramm hat sich ebenso als schlicht gelogen herausgestellt wie ein Zusammenhang zwischen Osama bin Laden, dem 11.9. und dem Irak. Ebenso umstritten sind die Bombardierung Libyens sowie diverse „Vergeltungseinsätze“ nach Terrorakten gegen amerikanische Einrichtungen in verschiedenen Ländern. Völlig indiskutabel sind dagegen die Drohneneinsätze in verschiedenen Regionen der Welt mit einer hohen Zahl an Kollateralopfern.

Allerdings haben die USA im Gegensatz zu Russland eben auch mit UNO- und/oder NATO-Mandat gehandelt und Jugoslawien nach den jahrelangen Kriegsverbrechen serbischer Milizen in Bosnien und Kroatien (u. a. Sarajewo, Srebrenica) und später im Kosovo militärisch eingeschränkt, somalische Piraten bekämpft, Putschisten aus Haiti vertrieben oder Geiseln in Liberia befreit. Dieses Auftreten als „Weltpolizist“ ist vielen dennoch ein Dorn im Auge, weil pauschaler Antiamerikanismus oft leichter ist als differenziertes Hinschauen.

Denn im Gegensatz zu Russland, das jegliche demokratische oder westorientierte Bewegungen in seinen Interessensgebieten brachial niedergeschlagen hat, sind US-amerikanische Einsätze zum Teil sehr unterschiedlich. Damit große Staaten regierbar bleiben, wird die Macht entweder zentralisiert oder sinnvoll verteilt. In Russland, China und der Türkei gab es eine immer stärkere Zentralisierung der Macht in einer Person. Die USA sind hier ein Sonderfall, weil sie zunächst ein Staatenbündnis mit vielen regionalen Befugnissen sind. Nur wenige Kompetenzen liegen beim Präsidenten selbst, wie z. B. die Außen- und Verteidigungspolitik. Dazu kommen Einflüsse anderer großer

Machtgruppierungen, wie die beiden großen Kammern in Form des Senats und des Repräsentantenhauses sowie die beiden großen Parteien (Demokraten und Republikaner). Innerhalb der Republikaner wiederum gibt es verschiedene, einflussreiche Machtzirkel (z. B. die unter George W. Bush enorm erstarkte „Tea Party“). Zudem hat der Oberste Gerichtshof (Supreme Court) weitreichende Befugnisse, die sich Donald Trump durch geschickte Neubesetzung freier Posten politisch zu Willen machen wollte. Die Geheimdienste „kochen“ gelegentlich noch ihr eigenes Süppchen (z. B. unter John F. Kennedy), ebenso der militärisch-industrielle Komplex, in den Teile der letzte Bush-Regierung tief involviert waren. Zuweilen spielt

zudem das FBI eine relevante Rolle, wie z. B. bei der Spionageabwehr und während der Kommunistenjagd in der McCarthy-Ära. Große Lobbyverbände der Wirtschaft sind ebenfalls tief in das politische System involviert, wie wir während der Bush- und Trump-Ära gesehen haben. Und nicht zuletzt sind da die großen Presseverlage, die bereits verschiedene Regierungen stark unter Druck gesetzt oder (im Fall „Watergate“) sogar Präsidenten zu Fall gebracht haben. In den vergangenen Jahren gewannen zudem verschiedene Social-Media-Plattformen immer mehr Einfluss, den sich z. B. Donald Trump zunutze machte, um Anhänger:innen zu mobilisieren. Dadurch ergeben sich, je nach Präsidentschaft, verschiedene Macht-Konstellationen, die den Präsidenten stärken oder schwächen können,

das Land demokratischer oder autoritär wirken lassen. „Die USA“ gibt es somit gar nicht, sondern immer nur die jeweilige Politik eines bestimmten Präsidenten. Und unter Trump hatten sogar viele konservative Amerikaner:innen das Gefühl, dass ihre Demokratie nur bedingt resilient ist gegen einen irrational handelnden Präsidenten. Das kann die USA für uns zeitweise zu einem Problemfeld machen, manchmal aber eben auch zu einem verlässlichen Partner.

Die epische Schlacht

In was für einer Welt wollen wir leben? Diese Frage müssen wir beantworten, wenn der ukrainische Außenminister Kuleba dem Westen anbietet, dass Millionen von Ukrainer ihr Leben für unsere Freiheit geben würden, wenn wir sie nur mit zeitgemäßen (und vor allem schweren) Waffen ausstatten. Oder ist diese Formulierung zu theatralisch, zu moralisch aufgeladen? Wofür wollen/sollen die Ukrainer denn dort kämpfen, wenn nicht für sich selbst? Welche europäischen Werte, welche „Freiheit“ sollten sie denn in der Ostukraine verteidigen? Wenn wir die Dinge allerdings vom Ende her betrachten, stehen wir automatisch vor der Frage: Was ist eigentlich, wenn Russland große Teile oder die gesamte Ukraine besetzt, also faktisch den Krieg gewinnt? Dann hat sich im 21. Jahrhundert wieder ein Krieg

Welche europäischen Werte, welche „Freiheit“ sollten sie denn in der Ostukraine verteidigen?

mitten in Europa gelohnt. Dann wird es voraussichtlich wieder einen Völkermord geben, zumindest, wenn wir Wladimir Putin glauben dürfen, der der Ukraine Sprache, Kultur und Existenzrecht abspricht, der bereits jetzt weit über eine Million Menschen aus den eroberten Gebieten nach Russland deportieren ließ, darunter bislang über 230.000 Kinder. Der ehemalige KGB-Agent und dem Kreml nahestehende, russische Patriarch Kyrill I. hatte bereits im März den Kampf gegen die „Kräfte des Bösen“ beschworen und sich damit eindeutig auf die Seite der russischen Aggressoren gestellt. Auch der frühere Ministerpräsident Medwedew hatte das Bild eines offenen „Eurasiens von Lissabon bis Wladiwostok“ gezeichnet, in dem die Ukraine nur ein erster Schritt sei, flankiert von Timofei Sergeitsew (Nachrichtenagentur RIA), der kurz darlegte, „was Russland in Bezug auf die Ukraine tun sollte“: eine „Entukrainisierung“.

An die Ukraine schließt sich das inzwischen EU-kritisch umgebaute Ungarn an, das anscheinend nur wegen der jährlichen Milliardenzahlungen noch in der EU verbleibt. Denn an Ungarn wiederum schließt sich das „Brudervolk“ der Serben an, die momentan mit sehr gespaltenen Gefühlen auf die Entwicklung schauen und zusammen mit den russophilen Kräften der Ukraine und Ungarns gern einen Keil durch Südeuropa treiben - jede Grenze eine Außengrenze, Schutzwälle, Bunker, Zollgebühren ... Hätten in Frankreich zudem Marine Le Pen das Sagen, müsste die EU gegen den Frexit kämpfen. Und dann stellen wir uns Millionen geflüchteter Ukrainer:innen dauerhaft in Westeuropa vor, die sich im aktiven (und sicher auch gerechtfertigten) Widerstand gegen eine besetzte Ukraine sehen, Sabotageaktionen planen und - wie viele Kurd:innen - dann zu Terrorverdächtigen werden. Wollen wir das wirklich?

Die faschistische Ukraine

Oder liegen wir vielleicht völlig falsch mit unserer Sicht auf die Ukraine und Russland? Sind wir fahrlässiger Teil einer aggressiven US-Strategie zur Vernichtung Russlands? Einer von verschiedenen Jokern in der Schlacht um Gut und Böse ist z. B. die Influencerin Alina Lipp, eine Deutsch-Russin mit Sendungsbewusstsein auf elf verschiedenen Kanälen unterschiedlicher Plattformen (z. B. Telegram „Neues aus Russland“ mit 145.000 Abonnent:innen), die gerade in das seit 2014 russisch besetzte Donezk gezogen ist und u. a. aus Mariupol berichtet, dass die gesamte Zerstörung dort allein durch ukrainische Truppen angerichtet worden ist, quasi ein sehr aufwändiger Inside-Job, um Russland zu diskreditieren. Und das hätte ihr jeder Mensch versichert, den sie dort getroffen hätte. Sie berichtet ebenso, dass ein Mob ukrainischer Flüchtlinge im rheinländischen Euskirchen den 16-jährigen Russlanddeutschen Daniel zu Tode geprügelt hätte, nur weil er Russisch gesprochen hätte. Weder Polizei noch Staatsanwaltschaft in Euskirchen haben Kenntnis von einem solchen Vorfall. Zudem berichtet sie nach Russland, das Corona Deutschland extremer gemacht hätte, es praktisch keine Meinungsfreiheit mehr gäbe. Facebook-Konten und YouTube-Videos würden staatlicherseits gelöscht und systemkritische Anwälte würden in Anstalten eingewiesen. Hier wird eine schillernde Gegendöffentlichkeit im Stile von Ver-

schwörungsmaythen vermittelt, die reiner Fake ist, wie das Recherchekollektiv „Correctiv“ nachgewiesen hat. In Russland aber, wo Alina Lipp überproportional häufig Gast in Talkshows ist, allerdings eine wichtige Funktion erfüllt.

Richtig ist, dass alle Geheimdienste der Welt im Dienste ihrer Staatsdoktrin zündeln, manche offensichtlicher, manche weniger. Und es ist auch kein Geheimnis, dass wohl bei den kämpferischen Auseinandersetzungen auf dem Maidan im Februar 2014 auch CIA-Agenten vor Ort waren, genauso wie ukrainische Nationalist:innen, Fußballfans, bekennende Nazis des Rechten Sektors, Student:innen, Arbeiter:innen und Angestellte, wie der Journalist Michael Colborne berichtete. Die Hooligans haben die Masse der Demonstrierenden vor allem vor der exzessiven Gewalt von Polizei und Eingreiftruppen geschützt. Die Wikipedia („Euromaidan“, „Chronologie des russischen Überfalls auf die Ukraine“), die „Neue Züricher Zeitung“ u. a. haben dazu Chronologien der Ereignisse zusammengestellt, die sehr klar zeigen, dass nicht nur tausende in der Ukraine lebende Russen, sondern auch der russische Geheimdienst und undeckelte Militärs massiv vor Ort waren, wenige Tage später die Regionalparlamente in der Ostukraine und auf der Krim stürmten und unautorisierte „Neuwahlen“ bzw. „Volksabstimmungen“ organisierten. Ganz zu schweigen von der russischen Söldnerarmee „Wagner-Gruppe“, die mit Waffen der russischen Armee im Sommer 2014 undeckelt in die Ukraine einmarschiert ist und sich seitdem Kämpfe mit der ukrainischen Armee und dem Asow-Bataillon geliefert hatte, bei denen bis heute auf beiden Seiten ca. 14.000 Menschen getötet wurden (stellen wir uns das heute in Konfliktregionen wie Katalonien, Basken oder Nordirland vor).

Besteht hier ein Recht auf Selbstverteidigung gegen den ukrainischen Staat? Gab es Enteignungen, Vertreibungen, systematische Unterdrückung, Pogrome am russischen Teil der Bevölkerung oder gar einen zu verhindernden Völkermord, wie Russland seinen Einmarsch im Februar 2022 begründet? Alle uns zur Verfügung stehenden, unabhängigen Quellen verneinen das nachdrücklich. Was es wohl aber gab, war das verbale Getöse diverser ukrainischer Nationalist:innen, die die Ukraine nicht mehr als Vasallenstaat Russlands sehen wollten. Hier gab es wohl auch vereinzelte Drohungen des Verbotes der russischen Sprache, die etwa in der Hälfte der Ukraine seit 2012 wieder den Status einer quasioffiziellen Amtssprache genießt.

Dmitri Jarosch ist die öffentliche Leitfigur des Rechten Sektors, der momentan einflussreichsten rechten Gruppierung in der Ukraine. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk erklärt er, dass sich der ukrainische „Faschismus“ eher um Heimatliebe bemühe, nicht um Fremdenhass. Die Miliz hätte sich während des „Euromaidan“ zur Selbstverteidigung aus Fußballfans gegründet, hätte aber keine Beziehung zum deutschen Nationalsozialismus oder italienischen Faschismus. In seiner Gruppe seien Armenier, Juden, Georgier und Russischstämmige. Den Bezug zum ukrainischen Nationalhelden Stepan Bandera, der erst gegen Polen, dann die Rote Armee, dann gegen die Wehrmacht für eine unabhängige Ukraine und schließlich für westliche Geheimdienste kämpft, lässt Jarosch unkommen-

tiert. In Polen, Russland, der Ostukraine und Israel gilt Bandera als Antisemit, Terrorist und Nazi-Kollaborateur. Die unkritische Haltung zu Bandera teilen übrigens viele Ukrainer:innen. In der Westukraine gibt es mittlerweile viele Statuen von ihm, Straßen wurden nach ihm benannt und Briefmarken gewidmet. Es scheint fast, dass hier unreflektiert nach einem Gründungsmythos gesucht wurde. Wenn dieser dann Stepan Bandera wäre, wäre das tragisch. Genauso unaufgearbeitet ist die Beteiligung an der Vernichtung von 800.000 jüdische und 100.000 polnischen Menschen zusammen mit deutschen Faschisten sowie 20.000 Zivilist:innen und 10.000 NKWD-Mitarbeiter:innen im Partisanenkampf gegen die Sowjetunion bis 1953. Und dann wären da noch die weitgehend ungeklärten und bis heute juristisch kaum aufgearbeiteten Ereignisse um die vielen Toten vom Odessaer Gewerkschaftshaus im Mai 2014, die die konkrete argumentative Grundlage für Putins „Spezialoperation“ lieferten. Wie für Russland gilt auch für die Ukraine, dass die Aufarbeitung der gesellschaftlichen und persönlichen Vergangenheit existenziell ist für die Entwicklung der eigenen Gesellschaft und maßgeblich für die Entwicklung einer nachhaltigen Demokratie. Und ich hoffe für die Ukraine, dass Scholz' „in die EU gibt es keine Abkürzung“ durchgehalten wird.

Die rechte Partei „Swoboda“ hatte für Schlagzeiten gesorgt, weil sie mit Vitali Klitschko und der „Allukrainischen Vereinigung Vaterland“ von Julija Tymoschenko ein temporäres Dreierbündnis gegen den damaligen (kremltreuen) ukrainischen Präsidenten Janukowitsch gebildet hatte, zwischenzeitlich auch Minister stellte, inzwischen aber recht bedeutungslos an der Dreiprozenthürde gescheitert ist.

Wenig hilfreich in der politischen Außendarstellung als demokratische Ukraine ist momentan aber das Freiwilligen-Regiment „Asow“, das sich als Freiwilligen-Bataillon 2014 gegründet hatte und zunächst als Antwort auf die paramilitärischen, prorussischen Strukturen in der Ostukraine und auf der Krim verstand. Daraus ist mittlerweile eine größere Bewegung mit politischem Arm entstanden, die durch ihr martialisches Auftreten, die Verwendung klassischer Nazi-Symboliken, ihre militärische Schlagkraft sowie die kurzzeitige Rückeroberung von Mariupol Kultstatus bei ukrainischen Nationalisten genießt. Trotz der Unterstellung unter das Innenministerium kann der militärische Flügel organisatorisch-taktisch relativ frei entscheiden und ist politisch gut vernetzt. Die Beziehungen zur ukrainischen Regierung sind wohl angespannt, der österreichische „Standard“ schreibt gar: zerrüttet. Über ihre konkrete Größe und den realen politischen Einfluss gibt es kaum belastbare Informationen. Zirka 2.700 Soldaten sollen sich aus dem umkämpften Stahlwerk ergeben haben (zum Vergleich: Die Ukrainische Armee umfasst 450.000 Angehörige). „Asow“ war

zeitweise so etwas wie ein Sehnsuchtsort für militärische Rechtsextreme Westeuropas geworden, während sich die politische Rechte eher Putin zuwandte.

Dass die Ukraine mit „Swoboda“, „Rechtem Sektor“ und „Asow“ grundsätzlich ein Nationalismusproblem hat, ist verständlich. Allerdings ist derzeit Krieg, in dem das Existenzrecht der Nation mit Sprache und Kultur in Frage gestellt wird - natürlich ist das die Stunde der Nationalisten. Wie faschistisch sich allerdings eine zukünftige Gesellschaft gestalten wird, die jetzt dem Vernehmen nach auch für Demokratie und Menschlichkeit kämpft, bleibt abzuwarten. Voraussichtlich wird sie sich ähnlich entwickeln wie der Rest Europas auch.

Dass Putin die westeuropäische Rechte maßgeblich unterstützt, ist hinlänglich bekannt. Bislang war man aber vor allem davon ausgegangen, dass mit den Verschwörungserzählungen, Fake-Narrativen und irrationalen Themen vor allem unsere demokratische Gesellschaft gespalten werden soll. Auch Hackerangriffe und die Manipulationen im US-Wahlkampf via Facebook und einflussreiche Agenturen wurde bislang nur für kommunikatives Störfeuer gehalten. Inzwischen wurde aber bekannt, dass Marie Le Pens „Rassemblement National“ aus Moskau finanziert wird. Hochrangige österreichische FPÖ-Politiker hatten gar einen Freundschaftsvertrag mit Putins Partei „Einiges Russland“ geschlossen. Die AfD ist ohnehin im Fan-

club, Abgeordnete stehen auf russischen Gehaltslisten. Im Kontext des Überfalls auf die Ukraine zusammen mit der Abschaffung der letzten demokratischen Strukturen in Russland bekommen diese Einzelfakten eine völlig neue Facette, nämlich die der Errichtung eines paneuropäischen Faschismus' unter der Führung Russlands. Oder ist das jetzt schon eine Verschwörungstheorie? Absurd wird es aber erst richtig, wenn Putin jetzt die Ukraine „entnazifizieren“ möchte. Hierbei geht es allerdings nur um ein sorgsam und über Jahrzehnte aufgebautes Narrativ innerhalb der russischen Gesellschaft. Das ist der kleinste gemeinsame Nenner, der alle Russ:innen eint: Kampf dem Faschismus!

Medienmacht und Geheimdienste

Die Frage ist trotzdem: Können westliche Geheimdienste, die NATO oder EU heutzutage ein Volk dazu bringen, gegen seinen Willen die eigene Regierung zu stürzen, wie von einigen Kritikern immer wieder behauptet wird (immerhin entzündeten sich die „Euromaidan“-Proteste an der verweigerten Unterschrift des ukrainischen Präsidenten unter das Assoziierungsabkommen mit der EU)? Wohl kaum. Die Sowjetunion, die GUS bzw. die Eurasische Wirtschaftsunion sowie die militärische OVKS hatten alle Zeit der Welt, attraktiv für die Ukraine

Allerdings ist derzeit Krieg, in dem das Existenzrecht der Nation mit Sprache und Kultur in Frage gestellt wird - natürlich ist das die Stunde der Nationalisten.

(oder auch Georgien) zu werden. Selbstverständlich wirbt jedes Bündnis für sich, zeichnet sich durch attraktive und weniger attraktive Beitrittsbedingungen aus, die ggf. aber auch Konsequenzen für das eigene Land haben können, wenn für den EU-Beitritt z. B. Sozialabbau Voraussetzung oder die Privatisierung bestimmter Wirtschaftsbereiche gefordert wird, Löhne und Gehälter an Wert verlieren oder die eigene Wirtschaft plötzlich international konkurrieren muss. Andererseits werden Rechtsstaat und Zivilgesellschaft enorm gestärkt, Korruption abgebaut, Bildung und Wissenschaft gefördert, die Presse unabhängiger von Regierungseinflüssen und der internationale Austausch attraktiv. Die EU ist lange nicht perfekt und voll auf marktwirtschaftliche Prozesse, attraktive Investitionsmöglichkeiten und steigenden Ressourcenverbrauch ausgerichtet, was für viele Kritiker:innen vor allem in Bezug auf die Klimakrise hochproblematisch ist. All das ist bekannt, und die Ukraine hatte sich bereits 2013 trotzdem für einen EU-Beitritt entschieden. Und wenn nötig, kann, soll und muss sich die EU selbst auch weiter reformieren und viel, viel demokratischer werden, also etwas, das das Putinsche Paralleluniversum nicht bietet und niemals bieten wird.

Nach einer vom „Katapult“-Magazin zusammen mit ukrainischen Journalist:innen erarbeiteten Analyse gehören die meisten relevanten Medien in der Ukraine bis heute wenigen Oligarchen, die zum großen Teil entweder selbst Russen sind, eher euroskeptisch agieren oder über enge Kontakte zum Kreml verfügen. Die fünfzehn bekanntesten TV-Sender, also die Hauptinformationsquelle der Ukrainer:innen, gehören zu sechs Unternehmen mit acht Eigentümern. Öffentlich-rechtliche Medien gibt es erst seit kurzem; sie sind chronisch unterfinanziert und verfügen bislang kaum über relevante Reichweite. Eine kritische Presse im Sinne einer vierten Macht gibt es praktisch nicht. In einigen Teilen der Ukraine war ohnehin nur russischsprachiges Fernsehen empfangbar. Die Meinungsmacht lag maßgeblich also bei Russland, bevor die Regierung entschieden hat, mit Verweis auf eine „einheitliche Informationspolitik“ während der Dauer des Krieges auf einen Einheitsfernsehsender umzustellen.

Souveränität

Wichtig festzuhalten wäre: Die Ukraine sucht gerade nach dem eigenen Selbstverständnis; vieles sieht zunächst nach Selbstbehauptung gegen jahrzehntelange russische Bevormundung aus. Dem wird ein komplizierter demokratischer Prozess folgen, den alle osteuropäischen Staaten durchlebt haben - mit mehr oder weniger nationalistischer Überbetonung oder kritikwürdigen Rückgriffen auf zweifelhafte historische Prozesse und Personen. Dieser Prozess kann Jahrzehnte dauern (vgl. faschistisches Portugal und Spanien) und Rückschläge erleiden (Griechenlandkrise, Visegrád-Gruppe), der bislang aber immer auch zu weitreichenden Demokratisierungen beigetragen hat. Und wenn nicht, haben wir in der EU alle demokratischen Mittel und Möglichkeiten, um Dinge zu korrigieren. Das ist mühsam und manchmal unerträglich langsam, aber etwas, was in Russland und China eben nicht geht.

Als souveräner Staat hat die Ukraine das uneingeschränkte Recht auf die territoriale Integrität und die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen. Sie ist niemandes „Einflussbereich“ und muss auch keine „Sicherheitsinteressen“ Dritter berücksichtigen, wie man das im Kalten Krieg als Geste des guten Willens für geboten hielt (sogar noch nach dem Einmarsch russischer Truppen in Georgien 2008 und selbst nach der Besetzung der Krim 2014). Solange die Regierung demokratisch legitimiert ist (aktuell sollte das unzweifelhaft sein), hat sie das Recht, sich jedem Bündnis anzuschließen oder ein solches zu verlassen. Sie trifft souverän Festlegungen zur Amtssprache, zum Umgang mit Minderheiten im eigenen Land, zur Meinungs- und Investitionsfreiheit, kann internationale Verträge schließen und beenden, wie sie möchte. Um es einmal zu überspitzen: Die ukrainische Regierung könnte theoretisch auch den ganzen Tag russische Flaggen verbrennen lassen, den Vertrag mit der Schwarzmeerflotte kündigen oder Russisch grundsätzlich als Sprache und Kultur verbieten oder zusammen mit den USA anderweitig „hegemonial provozieren“. Das wäre wenig gut für die Völkerverständigung, aber durch die Souveränität geschützt. Und wenn die Ukraine völkerrechtswidrig überfallen wird, hat sie das Recht, sich gegen den Aggressor zu verteidigen, übrigens auch auf dessen Territorium. Sie kann sich mit Waffen, Material und Ausbildung von Dritten unterstützen lassen, ohne dass diese dann (zumindest nach Völkerrecht) automatisch zur Kriegspartei werden. Und ihre Armee könnte jetzt bis nach Moskau marschieren und dort die Regierung absetzen. Das sind die von der UN einst definierten Mindeststandards und unwidersprochen.

Ob Putin irgendein Land dennoch zur Kriegspartei erklärt oder westliche Cyberangriffe und die Sanktionen ganz unterschiedlicher Staaten und der EU als ernsthafte Bedrohung einstuft, liegt völlig in seinem Ermessen, wie wir am Beispiel Finnlands sehen, wo allein die Bereitschaft zum NATO-Beitritt ausgereicht hat, um einen rechtsgültigen Stromliefervertrag einfach zu beenden. Und wie irrational diese Kriterien sein können, zeigt sich auch im Überfall auf die Ukraine. Dafür gibt es keine Regeln, Vereinbarungen oder Gesetze, die wir beachten könnten, müssten oder sollten. Russland kann morgen Litauen überrennen; das liegt nicht in unserer Macht. Was wir entscheiden können, ist, was wir dann tun würden. Haben wir etwas aus unserer Geschichte gelernt?

Der unselige Brief

Und dann schreiben 28 deutsche Intellektuelle und Künstler:innen einen Brief an den Bundeskanzler, in dem sie vor einem Automatismus der Eskalationsdynamik warnen, das Szenario der Ungewinnbarkeit einer Auseinandersetzung gegen eine Atommacht zeichnen, quasi die Ukraine beschuldigen, den Rest der Welt in eine so missliche Situation gebracht zu haben und diese de facto zur Kapitulation aufrufen. Sie zeigen als einzige Alternative „Verhandlungen“ auf, die aber natürlich momentan als Handlungsoption nicht in Betracht kommen, solange die russische Armee Geländegewinne erzielt und keinerlei Verhandlungsbereitschaft zeigt.

Dieser Brief ist inhaltlich falsch, weil er mit Spekulationen arbeitet. Mögliche Eskalationsdynamiken denken wir natürlich alle automatisch mit, zumal sie zumeist gar nicht in unserer Hand liegen. Putin eskaliert, indem er die Ukraine fälschlicherweise des Völkermordes in der Ostukraine beschuldigt, Provokateure schickt, die die Regionalparlamente überfallen und einen Bürgerkrieg auslösen, die Wagner-Gruppe anschließend ganze Landstriche besetzen lässt, die Ukraine schließlich mit regulären russischen Streitkräften überfällt, systematisch Kriegsverbrechen begehen lässt, völkerrechtswidrig die zivile Infrastruktur ganzer Landstriche zerstört und aktuell eine weltweite Energie- und Ernährungskrise als Waffe einsetzt. Dazu hat der Westen kaum beigetragen, und trotzdem wird im Brief ausgerechnet von Kanzler Scholz gefordert, nicht weiter zu eskalieren. Wäre Putin als Adressat nicht passender gewesen?! Und wer sich jetzt mal (militärisch) anschaut, was die vermeintlich übermächtige russische Armee in der Ukraine zustande bringt, muss zwingend zu dem Schluss kommen, dass die sich aktuell keinerlei Eskalation (mit der NATO) wünschen kann; es wäre quasi ihr eigener Untergang.

Den möglichen Einsatz von Atomwaffen haben wir lange vor dem Brief ebenfalls alle mitgedacht, zumal Putin ja bereits zu Beginn öffentlich damit gedroht hat. Aber: Dass diese zielführend zum Einsatz kommen, verneint schon die philosophische Logik: Wenn es keinen Sieg geben kann, ist ein Einsatz sinnlos. Das verstehen bereits Kinder, wenn sie nur wenige Runden TicTacToe gespielt haben. Solange sich also Atomwaffen zwischen Konfliktparteien im Gleichgewicht der totalen Vernichtung befinden, heben sie sich logisch/strategisch auf. Und selbst wenn das Atomwaffenpotenzial militärisch nicht im Gleichgewicht sein sollte (Vietnam, Afghanistan), können die scheinbar Unterlegenden durchaus militärisch erfolgreich sein, weil der Einsatz strategischer Atomwaffen militärisch auch hier zumeist wenig sinnvoll ist. Sie sind nur tauglich als „moralische Waffen“ (also „Rachebomben“), und nur dann sinnvoll, wenn es eine unbestrittene Legitimation für deren Einsatz gibt. Andernfalls würde der Staat sofort weltweit isoliert und unwiederbringlich stigmatisiert. In der heutigen Zeit hätte Russland damit für immer verloren. Aber auch das ist eher eine Binsenweisheit.

Wo wir schon von Moral sprechen: Moralisch ist der Brief eines europäischen Menschen unwürdig (oder „verkommen“, wie es der umstrittene Hardliner Andreij Melnik bei „Anne Will“ ausdrückte). Er verrät nicht nur europäische Grundwerte wie Solidarität und Hilfsbereitschaft, sondern betreibt auch - übrigens lange nach dem, was im ukrainischen Butscha an Gräueltaten von der russischen Armee verübt wurde - dennoch eine typische Täter-Opfer-Umkehr. Vergessen wir nicht: Putin kann seine „Spezialoperation“ jeden Tag beenden. Die Ukraine

muss ganz einfach um ihr Überleben kämpfen, ob sie will oder nicht. Denn was sonst passiert, können wir uns in den Kiewer Vororten anschauen.

Ich schäme mich dafür, dass so ein unwürdiges Schreiben aus dem Land kommt, dass „Nie wieder!“ zur obersten Maxime erhoben haben sollte. Und wenn das eben nicht geht (weil der Krieg bereits da ist), dann sollte der Krieg auf keinen Fall gewonnen werden dürfen. Nie wieder! Auch nicht zum Preis des eigenen Untergangs - da bin ich ganz bei den Ukrainer:innen. Denn der Gewinn auch nur eines Quadratmeters oder ein anderes Zugeständnis wäre eine Einladung für alle aktuellen und zukünftigen Potentaten nach Moldawien, nach Georgien, nach Taiwan, in den Nordirak ... Und was machen wir dann? Schauen wir dann wieder zu, wie gefoltert und vernichtet wird? Wohin das führt, wenn man sagt: „Dann gebt ihnen doch diese Gebiete“, dann sollten wir uns noch einmal an 1938 und die Sudeten zurückerinnern. Und vor allem an das, was danach geschah. Aus meiner Sicht ist die dauerhafte Lieferung schwerer Waffen die momentan sinnvollste Möglichkeit, den russischen Vormarsch militärisch zu stoppen, weil das die einzige Voraussetzung für Verhandlungen ist. Tut Europa das nicht (und gelegentlich sieht es so aus, als wenn uns die Sozialdemokratie hier ein weiteres mal verrät), wird uns die Ukraine das nicht nur niemals verzeihen, es wäre auch das Ende der europäischen Idee.

Möge der Brief der 28 nie vergessen werden als beredtes Beispiel für das Versagen der deutschen Aufarbeitungskultur.

Und anstatt sich zu verstecken, sonnen sich die einzelnen Beteiligten samt EMMA auch noch in der Darstellung, als einzige eine wichtige Debatte angestoßen zu haben. Das ist nicht nur falsch, sondern auch überheblich. Hat irgendjemand irgendwo von Kriegslüsterheit gehört oder gelesen? Selbst die glühendsten Waffennarren wurden angesichts des Überfalls auf die Ukraine blass um die Nase. Jedem politisch denkenden Menschen der Welt ist heutzutage klar, in welcher prekären und problematischen Lage wir uns gerade befinden. Und das war auch aus jeder einzelnen politischen Meinungsäußerung in Parteien, in der Presse und Öffentlichkeit herauszuhören. Dass eine altersstarke Alice Schwarzer das nicht mehr hört, überrascht wirklich niemanden. Dass es Juli Zeh nicht tut, überrascht schon. Aber das Prof. Welzer aus seiner jahrzehntelangen Beschäftigung mit dem fehlenden deutschen Widerstand gegen das Nazi-Regime den Schluss zieht, sich als ukrainisches Volk besser zu unterwerfen, ist schlichtweg vernichtend. Möge der Brief der 28 nie vergessen werden als beredtes Beispiel für das Versagen der deutschen Aufarbeitungskultur. ↯